

***„Entwicklungsförderung & Gewaltprävention für junge
Menschen“: Gelingensbedingungen und Nachhaltigkeit***

Wolfgang Kahl

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft
Ausgewählte Beiträge des 19. Deutschen Präventionstages
12. und 13. Mai 2014 in Karlsruhe
Forum Verlag Godesberg GmbH 2015, Seite 279-298

978-3-942865-36-4 (Printausgabe)

978-3-942865-37-1 (eBook)

Wolfgang Kahl

„Entwicklungsförderung & Gewaltprävention für junge Menschen“: Gelingensbedingungen und Nachhaltigkeit

Zu den Perspektiven einer nachhaltigen Strategie der systematischen Weiterbildung sowie Verbreitung wirksamer und praxistauglicher Präventionsansätze auf Bundes- und Länderebene

1. Einleitung: ... Prozesse nachhaltig gestalten?

Der Beitrag erläutert den Ansatz einer komplementären Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen und zeichnet jene Bemühungen der *Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)* und ihrer Partner sowie das Engagement von Mitarbeitern der zugehörigen Geschäftsstelle nach, die darauf abzielen, entwicklungsförderliche und gewaltpräventive Arbeit in den relevanten gesellschaftspolitischen Handlungsfeldern (etwa Jugend, Familie, Soziales, Bildung, Innen, Justiz) zu qualifizieren und nachhaltig zu stärken. Mit den *„Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“* (2008 / 2012) und den *„Impulsen zur Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“* (2013) hat die Praxis fachliche Grundlagen eines entwicklungsbezogenen Verständnisses von Förderung und Prävention erhalten: Sachverständige Experten verdichten dort wissenschaftliche und praxisbezogene Erkenntnisse und geben Empfehlungen für die Arbeit in pädagogischen Handlungsfeldern. Im Frühjahr 2014 haben DFK und Landespräventionsrat Niedersachsen das gemeinsame *Webportal „Wegweiser Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“* präsentiert, das als dynamisches Wissensangebot die Programmempfehlungen der niedersächsischen *„Grünen Liste Prävention“* mit Informationen und Hilfestellungen für die Implementierung von Präventionskonzepten verknüpft. In einem weiteren Schritt sollen Fortbildungsangebote entwickelt werden, die die Verantwortlichen in pädagogischen Institutionen dabei unterstützen, nachhaltige Veränderungs- und Implementierungsprozesse erfolgreich und zu gestalten.

2. Konzeptioneller Ansatz: Positive Entwicklung junger Menschen fördern

Fast jeder fünfte junge Mensch in Deutschland zeigt zeitweise problematische Auffälligkeiten des Erlebens und Verhaltens. Neben nach innen gerichteten Formen wie Ängsten und depressiver Stimmung sind vor allem Aggression, Delinquenz, Gewalt, Kriminalität und Substanzmissbrauch weit verbreitet. Ein Großteil dieser Verhaltensauffälligkeiten ist nicht sehr schwerwiegend und wird durch ein stabilisierendes soziales Umfeld und andere positive Einflüsse sowie Förderungen in der Entwicklung wieder überwunden. Dies gilt zum Beispiel für die sogenannte jugendtypische Delinquenz und Gewalt. Ein kleiner Teil eines Altersjahrgangs entwickelt aber schon in der Kindheit schwerwiegende und langfristige Probleme, die bis ins Erwachsenenalter

andauern können. Auch bei den erst später auffällig werdenden Jugendlichen verschwinden die Probleme oft nicht wieder von selbst. Insbesondere die gravierenden Verhaltensprobleme führen zu Leiden bei Tatopfern, in der Familie und im sozialen Umfeld. Auch die Täter sind nicht selten zugleich Opfer, z. B. als Folge von Misshandlung, familiärer Vernachlässigung oder beeinträchtigender Lebensumstände. Die Probleme des Sozialverhaltens gehen zudem mit erhöhten Schwierigkeiten in der Bildung, beruflichen Qualifikation, Gesundheit und sozialen Integration einher. Für die Gesellschaft entstehen erhebliche Kosten, die im Einzelfall durchaus mehr als eine Million Euro betragen können.

Sowohl im Hinblick auf die Opfer und Täter als auch auf die Gesellschaft insgesamt ist es deshalb erforderlich, durch präventive Maßnahmen so früh und so gut wie möglich gegenzusteuern. Dies geschieht im Rahmen der entwicklungsbezogenen bzw. -förderlichen Prävention.

Entwicklungsbezogene Gewaltprävention geht von der Annahme aus, dass dissoziale Verhaltensprobleme und schwerwiegende Formen von Kriminalität oft eine Entwicklungsgeschichte aufweisen. Vor allem bei frühzeitigen und schwereren Problemen sind nicht selten dauerhafte Problemkarrieren bis ins Erwachsenenalter zu erwarten. Die umfangreiche Ursachenforschung konnte in den letzten Jahren zeigen, dass zahlreiche biologische, psychologische und soziale Faktoren für Probleme von Gewalt und Kriminalität verantwortlich sind.

Der Ansatz der entwicklungsbezogenen Gewalt- und Kriminalitätsprävention beruht auf der Erkenntnis, dass es sich lohnt, eine gesunde Sozialentwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern und sich anbahnende Negativentwicklungen frühzeitig zu unterbrechen. Entwicklungsbezogene bzw. -förderliche Präventionsmaßnahmen setzen auf systematische Formen der sozialen Bildung und Erziehung im Kontext von Familie, Schule und Kommune und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrer, sozialer Nahraum, ganze Gemeinden), um kausale Risikofaktoren für Fehlentwicklungen zu vermindern und Schutzfaktoren zu stärken.

Der entwicklungsbezogene Ansatz steht nicht in Konkurrenz zu anderen Maßnahmen (z.B. der situationsbezogenen Kriminalprävention), sondern ist ein zentraler Bestandteil von integrierten, ressortübergreifenden Präventionskonzepten. Er ist vorrangig auszubauen, ohne andere Konzepte der Prävention zu entwerten bzw. zu vernachlässigen. Allgemeine soziale Entwicklungsförderung und primärpräventive Arbeit haben fließende Übergänge und ergänzen sich in ihren Wirkungen.

Die wichtigsten individuellen, familiären und sozialen Risikofaktoren für die Verhaltensprobleme junger Menschen sind bekannt, während der Einfluss von Schutzfaktoren noch weniger erforscht ist. Die Entwicklungsrisiken können in den einzelnen Fällen unterschiedlich wirken und variieren auch je nach Alter und Entwicklungsstand. Darauf

sollten die jeweiligen Präventionsprogramme abgestimmt sein. In Deutschland existieren inzwischen zahlreiche Ansätze, um der Entstehung und Verfestigung von kindlichen Verhaltensproblemen vorzubeugen und eine positive Entwicklung zu fördern. Dazu gehören z. B. soziale und kognitive Frühförderung, Trainings der sozialen Kompetenz, Elternberatung, Erziehungskurse, Hausbesuche durch Familienhelfer, Ganztagsbetreuung, Programme gegen Mobbing in Schulen, Maßnahmen gegen Schulversagen, Elterntreffs in sozialen „Brennpunkten“, Integrationsprogramme für Migranten, Nachbarschaftshilfen oder Behandlungsmaßnahmen bei Jugenddelinquenz.

Die internationale Forschung legt nahe, dass die entwicklungsbezogene Prävention erfolgversprechend ist und sich wirksame Programme auch unter Kosten-Nutzen-Aspekten rechnen. Es ist deshalb dringend erforderlich, dass dieser Bereich in Deutschland ausgebaut wird, und zwar nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch hinsichtlich der Qualität der Interventionen. Diesem Ziel dienen die Arbeiten des Deutschen Forums für Kriminalprävention sowie die resultierenden Wissensangebote: Sie enthalten grundlegende Überlegungen und Kriterien für eine erfolgreiche Entwicklung, Durchführung, Evaluation und Verbreitung von entwicklungsbezogenen Präventionsprogrammen. Die Informationen können Praktikern, Politikern, Administratoren und anderen interessierten Personen dabei helfen, die Relevanz und Qualität von vorhandenen Präventionsprogrammen angemessen zu beurteilen und fundierte Entscheidungen zu treffen. Weiterhin dient das sich fortentwickelnde Wissensangebot dazu, die nachhaltige Verbreitung (Dissemination) wirksamer und praxistauglicher Präventionsansätze zu unterstützen.

Der Rückblick auf die bisherigen Arbeiten des DFK zeigt einen kontinuierlichen Prozess der Aufbereitung und des Transfers wissenschaftlicher Expertise für die sozialen und pädagogischen Handlungsfelder im Kinder- und Jugendbereich.

3. Impulse des DFK zur Weiterentwicklung der Gewaltprävention in Deutschland im Zeitraum 2001 bis 2011

Das DFK befasst sich von Beginn an seit 2001 schwerpunktmäßig mit der Frage, wie Gewaltprävention systematisch und nachhaltig gestaltet werden kann. Die nachfolgende Darstellung stellt gleichsam den roten Faden der bisherigen Aktivitäten dar.

3.1 Projekt „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige“ (2001-2006)

Im August 2001 beauftragte das Bundesministerium der Justiz die Stiftung, das in den USA entwickelte kriminologische Konzept der sogenannten „Hate Crimes“ im Hinblick auf die deutsche Situation zu diskutieren und Schlussfolgerungen für die Prävention zu erarbeiten.

Das Erscheinungsbild vorurteilsbedingter Gewaltausübung ist geprägt durch die Zielrichtung, Menschen aufgrund ihrer gruppenbezogenen Eigenschaften wie Hautfarbe, Nationalität, Religion, politische Einstellungen, Behinderungen, Lebensstil, Sozial-

status oder sexuelle Orientierung zu erniedrigen, einzuschüchtern und gewaltsam anzugreifen. Es handelt sich häufig um brutale Gewalt, bei der die Täter das konkrete Opfer zufällig und gesichtslos auswählen, um dadurch eine ganze Bevölkerungsgruppe insgesamt symbolisch zu treffen.

Hauptergebnis der mehrjährigen Arbeit waren Empfehlungen zur primären Prävention von „Gewalt gegen Gruppenangehörige“. Zu den generellen Wirksamkeitskriterien der primären Prävention heißt es im 2006 erschienenen Endbericht: *„Die Effektivität der Prävention ist umso höher, je früher das soziale Norm- und Verhaltenslernen erfolgt und je intensiver der Personenbezug und die Zuwendung dabei sind. Daher spielen neben der familiären Basissozialisation, Kindergarten und Schule eine wichtige Rolle. Ziel ist die Ausbildung bzw. Änderung der inneren Einstellung, zum Umgang mit dem >Anders-Sein<. Gegenmittel von allgemeiner Gewalt- und Vorurteilsbereitschaft sind die ständige Thematisierung, Isolierung und Sanktionierung von Gewalt-handlungen.“*

3.2 Unterrichtung der Ministerpräsidentenkonferenz über den Stand der Gewaltprävention sowie über zentrale Handlungserfordernisse zu ihrer nachhaltigen Gestaltung (2003-2006)

Mit Beschluss vom 26. Juni 2003 bekräftigte die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) ein Jahr nach dem Amoklauf am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt, dass die gesamtgesellschaftliche Allianz zur Ächtung von Gewalt und Gewaltverherrlichung auf hoher politischer Ebene unterstützt werden muss.

Sie nahm hierbei Bezug auf den ihr im März 2003 vorgelegten Bericht *„Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule – Zum politischen Handlungsbedarf in Bezug auf Entstehung, Anwendung und Ausbreitung von Gewalt in den unterschiedlichen Handlungsfeldern unserer Gesellschaft“* der von ihr unmittelbar nach der Erfurter Bluttat im Frühjahr 2002 eingesetzten Arbeitsgruppe „Gewaltprävention“.

Die MPK forderte eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung aller relevanten Einrichtungen und Institutionen; insbesondere seien das Deutsche Jugendinstitut (DJI) und die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) umfassend zu beteiligen. Das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) wurde gebeten, die notwendigen Absprachen zu treffen sowie Vernetzungen und Bündelungen zu initiieren und zu koordinieren (dem weitergehenden Organisationsvorschlag der Arbeitsgruppe „Gewaltprävention“ aus März 2003, das DFK als zentrale Vernetzungs- und Koordinierungsstelle der Gewaltprävention einzusetzen, wurde dagegen nicht gefolgt).

Im Frühjahr 2004 wurden vom DFK die einschlägigen Bundesressorts und Fachministerkonferenzen, alle Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, sowie weitere zentrale Organisationen schriftlich befragt. Die Auswertung dieser Abfrage hat eine

bemerkenswert große Vielfalt an Projekten, Maßnahmen und Programmen sichtbar gemacht. Zum Teil handelte es sich um bundes- oder länderweite Programme, zum Teil um regionale bzw. lokale Initiativen. Teilweise waren die Projekte nur auf einzelne Einrichtungen bezogen. Genannt wurden Modellprogramme und Weiterentwicklungen der Regelpraxis.

Im Sommer 2006 wurden die Bundeskanzlerin und die MPK in einem federführend vom DFK erarbeiteten Bericht über den erhobenen Stand der Gewaltprävention in Deutschland sowie über zentrale Handlungserfordernisse zu ihrer nachhaltigen Gestaltung unterrichtet, wobei die beschriebenen Entwicklungen in der Fachpraxis nicht darüber hinwegtäuschen dürften, *„dass das Wissen über die Nachhaltigkeit, die Übertragbarkeit der Verfahren und Erfahrungen sowie über die Gelingensbedingungen der Strategien bislang äußerst dürftig ist. Es bedarf deshalb verstärkter Bemühungen im Bereich der Evaluation vor allem in Form von follow-up-Studien im Bereich der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Dabei realistische Ziele zu verfolgen und keine überzogenen Erwartungen (z.B. in Form von überall einsetzbaren einfachen >Rezepten<) zu hegen, wäre für alle Beteiligten hilfreich und entlastend.“*

Zu den notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen heißt es: *„Alle Bemühungen um eine Weiterentwicklung von Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter würden wirkungslos bleiben, wenn sie nicht in entsprechende institutionelle Rahmenbedingungen und sozialpolitische Anstrengungen eingebettet wären. Bemühungen um Konfliktschlichtung werden schnell ad absurdum geführt, wenn im näheren Umfeld der Beteiligten, also z.B. im Kindergarten, in der Schule, in der Jugendgruppe und im Stadtteil nicht ein entsprechendes, unterstützendes Klima herrscht. [...] Daneben bedarf es, entgegen der Orientierung an spektakulären Gewalttaten, einer bewussteren Aufwertung und Unterstützung der Nicht-Gewalttätigen. Für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche muss eine Ethik und Kultur der Gewaltfreiheit und des prosozialen Umgangs gelten und zur politischen wie gesellschaftlichen Maxime gemacht werden. Statt immer wieder auf die Defizite muss mehr auf die positiven Beispiele und die Erfolge im Umgang mit der Gewalt hingewiesen werden. Familien und Schulen sind im Allgemeinen keine Horte der Gewalt, sondern überwiegend werden gesellschaftliche Erziehungs- und Integrationsaufgaben erfüllt, die eine bürgerliche Gesellschaft erst möglich machen. [...] Damit Gewaltprävention gelingt, muss sie von einer nachhaltig wirksamen Sozialpolitik begleitet und unterstützt werden. Kindern und Jugendlichen reale Zukunftschancen zu ermöglichen, ihre Bildung und Qualifikation zu unterstützen, ihnen Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeit zu eröffnen und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in den Städten und zwischen den Regionen entgegenzuwirken, bleiben deshalb unverzichtbare Herausforderungen auch im Zusammenhang mit Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter.“*

3.3 Bericht des Deutschen Jugendinstituts (DJI): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter – Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern (2007)

Um angesichts der in der DFK-Abfrage deutlich gewordenen Vielfalt vertiefende Aussagen zum Stand der Gewaltprävention gewinnen zu können, wurde das DJI mit der Erarbeitung eines umfangreichen Berichts unter Beteiligung von DFK und des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) beauftragt.

Die weitere Arbeit konzentrierte sich auf sechs Handlungsfelder: Familie, Kindertagesbetreuung, außerschulische Angebote der Jugendhilfe, Schule, Polizei und Justiz. Soweit in den einzelnen Handlungsfeldern relevant, wurden die Themenkomplexe Migration und Geschlecht als Querschnittsthemen verfolgt.

Zur Erstellung des Berichtes wurden einschlägige Expertinnen und Experten beauftragt, den aktuellen Stand der Diskussion in den jeweiligen Handlungsfeldern entlang vergleichbarer Vorgaben zu beschreiben und Herausforderungen zu benennen. Mitte 2007 hat das Deutsche Jugendinstitut den umfassenden Bericht zu den „*Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter*“ vorgelegt und die Herausforderungen für die Weiterentwicklung der Fachpraxis sowie der notwendigen und unterstützenden Rahmenbedingungen ausführlich dargestellt.

Im Mittelpunkt des Berichtes stehen die Strategien der Gewaltprävention, die den zahlreichen Praxisprojekten, Maßnahmen und Programmen vor Ort zugrunde liegen. Ermöglicht wird auf diese Weise ein Überblick über den Stand der konzeptionellen und methodischen Grundlagen und der sich abzeichnenden Herausforderungen im Bereich der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter – unabhängig von ihrer Realisierung in konkreten Projekten, Maßnahmen oder Programmen.

Der Bestandsaufnahme zur Folge hat sich in Deutschland ein sehr breites Spektrum zwischen formalisierten, hochgradig standardisierten Programmen auf der einen Seite und sehr offenen, eher allgemein gehaltenen Konzepten auf der anderen Seite entwickelt. Zwischen diesen Polen fänden sich viele Mischformen. Nur wenige Programme seien an Hand überprüfbarer Kriterien evaluiert worden, vor allem sei über langfristige Erfolge wenig bekannt. Zudem wurde auf eine problematische Tendenz hingewiesen, einzelne Projekte oder Programme als „best-practice“ bzw. „good-practice“ auszuweisen: *„Im Normalfall steckt hinter solchen Etiketten nicht viel mehr als die Erfahrung, dass sich die Programme in der Praxis aus der Sicht der Beteiligten bewährt haben. Harten Überprüfungskriterien aus anderen Handlungsfeldern, wie z.B. die erfolgreiche Nachhaltigkeit über einen längeren Zeitraum, die Vorlage messbarer Ergebnisse, der innovative Charakter, die Beobachtbarkeit anerkannter positiver Wirkungen im Sinne von Outcome, die Wiederholbarkeit, der ausreichend große Einsatzbereich und die Unabhängigkeit von regionalen oder anderen Bedingungen würden diese Programme in der weit überwiegenden Zahl der Fälle nicht standhalten.“*

Zum Entwicklungsstand der Gewaltprävention in Deutschland wird schließlich ausgeführt:

„Die vorgenommene überblicksartige Darstellung gewaltpräventiver Strategien ergibt aufs Ganze gesehen ein erfreuliches Bild. Dieser positive Eindruck von der Fachpraxis der Gewaltprävention muss jedoch relativiert werden, wenn man erstens die Verbreitung dieser Strategien in der Fachpraxis betrachtet. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die jeweils notwendigen Ansätze und Konzepte überall dort, wo einschlägiger Bedarf besteht, bekannt sind, geschweige denn zur Verfügung stehen und umgesetzt werden können. Zweitens fehlt es immer wieder an der Bereitschaft der Politik, der Öffentlichkeit sowie der Fachpraxis, die entsprechenden Probleme sachgerecht wahrzunehmen, sich damit offensiv auseinander zu setzen und sie konstruktiv als Aufgabe für das eigene Handeln zu verstehen. Denn in vielen Fällen würde dies bedeuten, mindestens sich selbst und den unmittelbar Beteiligten einzugestehen, dass man der Gewalt unter Kindern bzw. Jugendlichen mit seinen bisher probaten Mitteln nicht mehr Herr wird. Drittens zeigt sich mancherorts, dass die institutionellen Voraussetzungen sowie die kooperativen Strukturen nur unzureichend vorhanden, ausgebildet bzw. erwünscht sind. Ebenso zeigt sich, dass die erforderliche Fachkompetenz nur begrenzt abrufbar und die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen nicht verfügbar sind, z.B. weil Lizenzen erworben oder teure Kurseinheiten absolviert werden müssen, oder weil nicht genug Personal für zusätzliche Aktivitäten vorhanden ist. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass angesichts der dargestellten Gesamtschau gewaltpräventiver Fachpraxis u.E. die zentrale Herausforderung in erster Linie in der Absicherung und weitergehenden qualifikatorischen Fundierung, der Verbreitung und Weiterentwicklung vorhandener Strategien liegt und weniger in der Notwendigkeit, gänzlich neue Ansätze zu entwickeln.“

3.4 Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“ (2008)

Die Erkenntnis, dass nur unzureichende Kriterien für die Beschreibung der Erfolgsaussichten gewaltpräventiver Arbeit vorlagen, hat das DFK veranlasst, Herrn Professor Dr. Scheithauer und sein Team von der Freien Universität Berlin (FUB) zu beauftragen, im Rahmen eines systematischen Reviews - unter Einbeziehung des internationalen Forschungsstandes - Gelingensbedingungen der Gewaltprävention zu erarbeiten, die einen Maßstab für die Bewertung der Wirksamkeit von Präventionsprogrammen darstellen: Zum Ausgangspunkt für eine Verbesserung des Spektrums der Angebote wird in der 2008 vorgelegten Expertise ein entwicklungsorientiertes Verständnis von Prävention vorgestellt, das nicht nur und erst dann einsetzt, wenn Kinder und Jugendliche auffällig werden bzw. auffällig geworden sind, sondern Kinder und Jugendliche einerseits systematisch in ihrer psychosozialen und emotionalen Entwicklung fördern sowie andererseits mögliche Defizite vor Eintritt in neue Lebensabschnitte und im Übergang zu neuen Umgebungsfeldern (so genannte Transiti-

onen, wie zum Beispiel der Übergang von Kindergarten in die Grundschule oder von der Schule in die Ausbildung) ausgleichen helfen. Zu betonen ist in diesem Sinne insbesondere die Bedeutung universeller Maßnahmen, die auf die Förderung emotionaler und sozialer Kompetenzen bereits in einem frühen Lebensalter zielen und gerade nicht auf individualisierbare Delinquenzrisiken bzw. -gefahren ausgerichtet sind. Positive Effekte im Sinne einer allgemeinen Kompetenz- und Entwicklungsförderung kommen zudem allen Teilnehmern universeller Maßnahmen zu Gute und erzeugen keine Stigmatisierung. Einige Gewaltphänomene entstehen erst in Gruppen (z.B. in der Schulkasse das so genannte Bullying / Mobbing) und sind über Gruppenphänomene (z.B. nach dem Ansatz der sozialen Rollen, nach dem es nicht nur Täter und Opfer von Gewalt, sondern auch weitere Beteiligte gibt, die bei der Durchführung von Präventionen zu berücksichtigen sind) und Interaktionen erklärbar, so dass eine effektive Präventionsarbeit auch in den Gruppen und nicht nur mit (möglichen) Tätern und Opfern stattfinden sollte.

Gewaltpräventive Effekte entwicklungsorientierter Präventionen stellen sich bei denjenigen Kindern und Jugendlichen ein, die ein konkretes Risiko aufweisen, - ohne fördernde Unterstützung - später gewalttätig zu werden. Aber auch Wirkungen im Hinblick auf andere Risiken (z.B. psychische Auffälligkeiten, Sucht, Depression) können mit solchen Präventionen erreicht werden. Der Mangel an wichtigen sozial-emotionalen Kompetenzen steht in einem deutlichen Zusammenhang zu aggressivem Verhalten, Gewalt und Delinquenz/Dissozialität. Für Risikogruppen bedarf es im weiteren Entwicklungsverlauf selektiver Maßnahmen, und bereits gewalttätige Kinder / Jugendliche benötigen Hilfe im Sinne besonderer, indizierter Präventionen und Interventionen.

Für einen flächendeckenden Implementierungsansatz sind – alleine schon wegen der dadurch gegebenen umfassenden Erreichbarkeit der Zielgruppen - in erster Linie die Handlungsfelder Familie, institutionelle Betreuung (z.B. Kindergärten), Schule und soziale Umwelt angesprochen, deren Akteure mit einem gemeinsamen Verständnis von Entwicklungsförderung besser kooperieren sollten. Die Auswirkungen des Perspektivenwechsels von einem an Defiziten ausgerichteten Ansatz hin zu einem an Stärken anknüpfenden Verständnis, ohne jedoch Defizite außer Acht zu lassen, zeigen sich bereits bei einigen erprobten und evaluierten Programmen zur Förderung von Kompetenzen, Selbstbewusstsein und Empathiefähigkeit. Diese Maßnahmen liegen manualisiertes und um Fortbildungsformate für Eltern/Pädagogen/Erzieherinnen ergänzt vor, die insbesondere für Kindertageseinrichtungen und für Schulen der Primar- und Sekundarstufe 1 angeboten werden.

Gelingensbedingungen der Gewaltprävention - Ein kurzer Überblick

Nach einer systematischen Literaturrecherche zu Metanalysen und Reviews zu Aggression und Gewalt konnten Scheithauer & Team risikoerhöhende und risikomildernde Bedingungen identifiziert werden. Zudem sind Bestandteile von Präventionsprogrammen herausgearbeitet worden, die erwiesenermaßen effektiv in der Reduktion und Verhinderung von Gewalt sind. Erfolgreiche Programme lassen sich demnach wie folgt beschreiben: Sie (sind)

- theoretisch gut begründet,
- individuums- und umweltzentriert,
- sprechen Ressourcen und Defizite, Entwicklungsaufgaben/Transitionen an,
- settingübergreifend (z.B. Schule und Elternhaus),
- oftmals Multikomponenten-Programme,
- kulturell anpassbar, und berücksichtigen dabei Alters- und Geschlechterunterschiede,
- hochstrukturiert (z.B. manualisiert) und dabei trotzdem
- variabel in der Didaktik (Tayloring).
- Sie werden von trainierten Anleitern durchgeführt,
- wobei insbesondere über einen längeren Zeitraum (mind. 9 Monate) regelmäßig durchgeführte Programme sinnvoll erscheinen.
- Sie legen wert auf Beziehungspflege und Implementierungsbereitschaft aufseiten der Stakeholder,
- weisen eine hohe Implementierungsqualität auf und
- sind bestenfalls kombiniert universell und selektiv/indiziert.

Neben den Qualitätskriterien Wirksamkeit und Effektivität zeigen sich die Qualität und damit der Erfolg von Programmen auch in ihrer Umsetzung (Implementierung). Neben der Professionalität/Kompetenz der Anwender/Trainer gewinnen folgende Implementierungs-aspekte an Bedeutung:

- Maßnahmendauer und -intensität
- Nachhaltigkeit
- Support, Fortbildung, Supervision

Am Ende liegt die Qualität und der Erfolg einer Gewaltpräventionsmaßnahme mit der wissenschaftlichen fundierten Entwicklung unter Berücksichtigung der Implementationsstrukturen sowohl in den Händen von Programmentwicklern, Trainern und dem Support als auch in den Händen der Anwender und Umsetzer, denen insbesondere nach Abschluss der Maßnahmeneinführung eine programmtreue Fortsetzung geraten wird, um einen nachhaltigen Erfolg der eingesetzten Maßnahme zu gewährleisten.

3.5 Förderung der Evaluation gewaltpräventiver Programme (seit 2009)

Als besondere Form von Förderung der Gewaltprävention ist die 2009 begonnene finanzielle Unterstützung von Evaluationen zur Implementierung gewaltpräventiver Programme in kommunalen Arbeitsfeldern (Kindertagesstätten, Schulen, Familienhilfe, Jugendhilfe) sowie zur Resozialisierung extremistischer Gewaltstraftäter zu nennen, etwa „*Miteinander an Kita und Schule-EFFEKT / Antibullying*“ im Landkreis Ostprignitz-Ruppin, „*Prävention im Team - PiT - Hessen*“, „*Familien optimal stärken – famos*“ in Paderborn, „*buddY - Übergänge Kita-Grundschule*“ in Detmold und Paderborn, „*Violence Prevention Network: Abschied von Hass und Gewalt*“, „*PARTS - Programm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und Sozialer Kompetenz*“. Die Ergebnisse der zum Teil abgeschlossenen Prozess- und Wirkungsevaluationen werden im Rahmen des Wissenstransfers auf ihre Übertragbarkeit hin ausgewertet und die Erkenntnisse über die unterschiedlichen Transfer-Formate des DFK zur Verfügung gestellt.

3.6 Kooperationsprojekt von Deutscher Bahn AG (DB), DFK und FU Berlin zur Verbreitung entwicklungsorientierter Programme (seit 2010)

Die Erkenntnis, dass eine flächendeckende Implementierung wirksamer entwicklungsorientierter Programme in Deutschland noch am Anfang steht und insbesondere finanzielle Ressourcen fehlen, um einen nachhaltigen Prozess von aufeinander abgestimmten Modulen zu gewährleisten, haben das DFK, sein Kuratoriumsmitglied Deutsche Bahn AG (DB) und die Freie Universität Berlin (FUB) zu einer Kooperation veranlasst, um - mit einem Präventionsprogramm beginnend - eine Verstetigung nachweislich wirksamer entwicklungsorientierter Präventionsarbeit einzuleiten.

Die DB hat zur deutschlandweiten Verbreitung des mit dem Europäischen Präventionspreis des Jahres 2011 ausgezeichneten Antimobbingprogramms *fairplayer.manual* eine Basisfinanzierung für zunächst fünf Jahre bereitgestellt.

3.7 Wissensmanagement zu Entwicklungsförderung und Gewaltprävention (seit 2008)

Um sowohl die durch eigene Impulse als auch aufgrund anderer Initiativen gewonnenen Erkenntnisse für Forschung und Praxis recherchier- und nutzbar zu machen, stellt das DFK Wissensangebote für den Transfer bereit. In Fachartikeln der *Zeitschrift „forum kriminalprävention“* werden aktuelle kriminologische und präventionsbezogene Forschungsergebnisse vorgestellt, strategische bzw. konzeptionelle Fragestellungen erörtert, fachpraktische Erfahrungen präsentiert und zur Diskussion gestellt. Der *DFK-Newsletter* verweist ebenfalls auf neue Erkenntnisse und Wissensangebote. Die *DFK-Website* führt die eigenen Formate zusammen („*Wissen gegen Gewalt*“) und bündelt im Portal „*Prävention im Überblick*“ die Informationssammlungen bzw. Rechercheformate unterschiedlicher Institutionen und Akteure (www.kriminapraevention.de).

4. DFK-Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen (E&G)“ (seit 2011)

Die Bedarfe nach Unterstützung beim Umgang etwa mit Störungen, Mobbing, Gewaltphänomenen, Suchtverhalten und psychischen Auffälligkeiten werden in den Regelsystemen von Bildung und Erziehung nach wie vor artikuliert. Trotz oder vielleicht gerade wegen der beachtlichen Vielfalt des dem Bedarf gegenüber stehenden Spektrums von Angeboten ergab sich für das DFK dann folgende Ausgangslage:

Erstens zeigt sich, dass die Bedarfe zur Stärkung von Erziehungs Kompetenzen in den Kindertagesstätten, Einrichtungen der sozialen Kinder- / Jugendarbeit und Schulen von ihren verantwortlichen Trägern und Verwaltungen nur (sehr) begrenzt systematisch aufgegriffen werden.

D.h.: Insbesondere von Praxis und Experten für notwendig erachtete Anpassungen etwa in der Aus- und Fortbildung sowie bei der Organisationsentwicklung werden nicht oder nur zögerlich eingeleitet.

Zweitens muss festgestellt werden, dass die Qualität des Großteils der gewaltpräventiven Angebote problematisch, da in aller Regel ungeklärt ist.

D.h.: Bedarfsträger experimentieren häufig mit ungeprüften bzw. unwirksamen Angeboten.

Drittens existiert bereits seit einigen Jahren ein großes Wissen um wirksame gewaltpräventive Ansätze und ihre Implementierungsvoraussetzungen, jedoch sind diese in der Praxis nicht in ausreichendem Maße bekannt, geschweige denn stehen sie den Bedarfsträgern nachhaltig und in qualitätsgesicherter Weise zur Verfügung.

D.h.: Wirksame Ansätze finden keine systematische und damit nachhaltige Verbreitung.

Viertens: Vielfältige Bemühungen zur Qualitätsverbesserung, -verbreitung und -sicherung (etwa Projektmanagement-Tools, Programmdatenbanken, wissenschaftliche Reviews und Expertisen) zeigen bislang wenig Wirkung.

D.h.: Der Wissenstransfer ist nicht effektiv und/oder wahrgenommene Erkenntnisse wollen/können nicht aufgegriffen werden.

4.1 DFK Sachverständigenrat und Leitfaden „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ (2012 / 2013)

Im Herbst 2012 konnte das DFK zur weiteren Klärung der aufgezeigten Probleme (unzureichende Systemanpassungen, Verbreitung unwirksamer Angebote, fehlende Verstärkung wirksamer Ansätze, geringe Wirkung bisheriger Steuerungsinstrumente) einen Sachverständigenrat mit 13 Experten aus Wissenschaft und Praxis einberufen, der seitdem insbesondere daran arbeitet

- mehr Transparenz über wirksame und praxistaugliche Angebote und ihrer Implementierung herzustellen,
- die wirksamen und praxistauglichen Angebote stärker zu verbreiten und miteinander zu verknüpfen,
- mehr Wissen über noch ungeprüfte Angebote, über die Implementierung von Angeboten sowie über die Verknüpfung / Verzahnung von Angeboten zu erhalten.

DFK Sachverständigenrat “Entwicklungsförderung & Gewaltprävention für junge Menschen“:	
Professor Dr. Britta Bannenberg: Justus-Liebig-Universität Giessen	Professor Dr. Siegfried Preiser: Psycholog. Hochschule Berlin
Professor Dr. Andreas Beelmann: Friedrich Schiller Universität Jena;	Professor Dr. Herbert Scheithauer: Freie Universität Berlin
Dr. Christian Böhm: Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg	Professor Dr. Dr. Christiane Spiel: Universität Wien
Professor Dr. Thomas Görgen: Deutsche Hochschule der Polizei Münster	Elmar Undorf: Schulpsycholog. Dienst Rhein-Sieg-Kreis
Professor Dr. Nina Heinrichs: Technische Universität Braunschweig	Professor Dr. Ulrich Wagner: Philipps-Universität Marburg
Professor Dr. Dr. Friedrich Lösel: University of Cambridge;	Professor Dr. Andreas Zick: Universität Bielefeld
Erich Marks: Landespräventionsrat Niedersachsen	

Erstes Ergebnis ist der Leitfaden „*Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen (E&G)*“, der 2013 im Rahmen des 18. Deutschen Präventionstages (DPT) in Bielefeld vorgestellt und diskutiert wurde. Er knüpft an die Expertise „*Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter*“ an und erweitert die fördernde und präventive Perspektive insbesondere um Aspekte der Effektivität, der Messung von Wirksamkeit und Umsetzungsqualität sowie der Implementierung in Kitas und Schulen. Schließlich werden Fragen des Transfers und einer weitergehenden Verbreitung (Dissemination) von wirksamen und praxistauglichen Präventionsangeboten erörtert. Weitere Impulse gibt ein Qualitätskriterienkatalog, der dabei hilft, die Qualität von Präventions- und Interventionsmaßnahmen oder -programmen zu beurteilen. Er kann als Entscheidungshilfe für die Auswahl, den Einsatz und die Förderung von Maßnahmen genutzt werden. Pro-

gramm Anbietern dient er als Hilfestellung für die Optimierung ihrer Angebote. Der Leitfaden richtet sich an professionelle Praktiker aber auch an Verantwortliche in Institutionen, in Verwaltung und nicht zuletzt in Politik.

4.2 Weiterführende Perspektiven: Memorandum „Qualität, Struktur und Kooperation fördern“ (2013)

DFK und Sachverständige waren sich im Klaren, dass es zur Fortentwicklung der Präventionsarbeit für junge Menschen weiterer Schritte bedarf, etwa zur Verbesserung von Wissenstransfer und praktischer Umsetzung: *Wie kann es gelingen, die im Leitfaden dargestellten Erkenntnisse noch besser zu verbreiten und einen strukturell spürbaren Fortschritt bei der präventiven Arbeit in allen Handlungsfeldern und insbesondere in den pädagogischen Institutionen zu erreichen?*

Der DFK-Sachverständigenrat diskutiert diese Fragen fortlaufend und wird auch weiterhin daran mitarbeiten, Qualität und Verbreitung entwicklungsorientierter Prävention zu fördern. Er empfiehlt der Stiftung und ihren Kooperationspartnern, u.a. folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen (*Memorandum des DFK-Sachverständigenrates, Stand Oktober 2013, mit dem Motto „Qualität, Struktur und Kooperation fördern“*, vgl. www.wegweiser-praevention.de):

- *Die Instrumente des Wissenstransfers sind weiter auszubauen. Beispielsweise können über ein Webportal Hinweise und Hilfestellungen, die für unterschiedliche Bedarfe in den Institutionen, Ämtern und bei den Trägern sozialer Arbeit nützlich sind, gegeben werden. Dabei sind bereits vorhandene, qualitativ gute Wissensangebote zu integrieren.*
- *Das Wissensangebot eines bedarfsgerechten Webportals sollte sich nicht nur auf die expliziten Empfehlung effektiver Programme konzentrieren, sondern diese in den Kontext zentraler Aspekte wie wissenschaftliche Fundierung, Zielgruppenauswahl, Setting, Timing, Intensität, Methoden, Didaktik, besondere Rahmenbedingungen stellen.*
- *Die Erkenntnisse und Programmempfehlungen der „Grünen Liste Prävention“ des Landespräventionsrates Niedersachsen sollten aufgegriffen und mit dem Webportal verknüpft werden. Zuvor sollten Systematik, Verfahren und Ergebnisse konstruktiv geprüft und ggf. Modifizierungen empfohlen werden.*
- *Es gilt insbesondere, die Voraussetzungen und Unterstützungsmöglichkeiten für eine gelingende Implementierung von Präventionskonzepten bzw. –programmen in den Handlungsbereichen der pädagogischen Institutionen sowie des sozialen Hilfesystems bekannt zu machen. Ein ergänzendes personelles Beratungs- und Serviceangebot ist ebenso wünschenswert wie die Schaffung von entsprechenden Fortbildungsangeboten für professionelle Akteure etwa in Kitas und Schulen bzw. auch für deren Steuerungsebenen.*

- *Die Überprüfung von Implementierungsprozessen und die dauerhafte Sicherung der Implementierungsqualität sollte durch entsprechende Standards und Rahmenbedingungen ermöglicht werden.*

4.3 Projektfortsetzung und Webportal „www.wegweiser-praevention.de“ (2014)

Das Projektteam der Geschäftsstelle hat die Empfehlungen des Sachverständigenrates aufgegriffen und bereits weitere Teilprojekte begonnen:

Eine Gruppe erarbeitet unter Federführung von Professor Dr. Andreas Beelmann (Jena) eine Systematik, Sammlung und Bewertung deutschsprachiger Evaluationsstudien zu Präventionsprogrammen und bereitet sie für den Wissenstransfer auf. Aufgabe einer zweiten Arbeitsgruppe unter Mitwirkung von Professorin Dr. Christiane Spiel (Wien) ist die Schaffung von Transparenz zu Theorie und Praxis der Implementierung präventiver Angebote.

Mit der finanziellen Unterstützung aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) sind in Abstimmung mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR NI) das Design und die technische Umsetzung des empfohlenen *Webportals* „*Wegweiser Entwicklungsförderung und Gewaltprävention*“ erarbeitet worden, das seit dem 12. Mai 2014 über www.wegweiser-praevention.de bzw. die Webseiten der Kooperationspartner DFK und LPR Niedersachsen verfügbar ist und künftig von anderen Präventionsakteuren, Bildungsservern etc. auf ihre Webseiten verlinkt werden kann.

Der „*Wegweiser Prävention*“ ist ein umfassendes Informationsportal zu „*Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen (E&G)*“ in Kooperation mit der „*Grünen Liste Prävention*“. Er weist den Weg zu Präventionsprogrammen, die auf ihre Wirksamkeit und Praxis-tauglichkeit hin überprüft sind und daher von renommierten Wissenschaftlern empfohlen werden.

Insbesondere allen Verantwortlichen und Mitwirkenden in Kitas und Schulen, die ihre Einrichtungen weiterentwickeln und dafür professionelle Unterstützung in Anspruch nehmen wollen, wird die Orientierungshilfe empfohlen. Neben grundlegenden Empfehlungen zur Arbeit mit Präventionsprogrammen findet man gezielte Hinweise zu Zielsetzung, Qualität, Verbreitung und Verfügbarkeit einzelner Angebote sowie zu ihrer Implementierung. Fünf W-Fragen (Warum Entwicklungsförderung und Gewaltprävention? Welche Programme? Woher das Wissen zur Qualität? Wie implementieren?) bündeln die Informationen in sinnvolle Kategorien.

Warum brauchen wir Entwicklungsförderung und Gewaltprävention?

Entwicklungsorientierte Präventionsmaßnahmen setzen auf systematische Formen der sozialen Bildung und Erziehung im Kontext von Familie, Schule und Kommune und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrer/innen, sozialer Nahraum, ganze Gemeinden). Der Ansatz zielt auf eine gesunde Sozialentwick-

lung von Kindern und Jugendlichen, will diese fördern und sich anbahnende Negativentwicklungen frühzeitig unterbrechen. Allgemeine soziale Entwicklungsförderung und primärpräventive Arbeit haben fließende Übergänge und ergänzen sich in ihren Wirkungen.

Eine Auswahl von Texten erläutert die wissenschaftliche Begründung und Logik des Ansatzes. Leitfaden, Gelingensbedingungen und Qualitätskriterien stehen zum Download bereit. Dargestellt werden zudem die daraus abgeleiteten strategischen Überlegungen für systematische präventive Arbeit und ihre notwendigen Rahmenbedingungen.

Welche Programme können empfohlen werden?

Soziales Lernen kann durch unterschiedliche pädagogische Ansätze, Methoden und Trainings unterstützt werden, die theoretisch gut begründet sind und sich in der Praxis als wirksam erwiesen haben (Effektivität).

Angebote zur „*Entwicklungsförderung und Gewaltprävention (E&G)*“, die empfohlen werden, bündeln Prinzipien und Methoden in ein sinnvolles *Handlungsprogramm* mit Manualen, Materialien und anderen Hilfsmitteln, um die angestrebten positiven Wirkungen bei den Zielgruppen altersangemessen und den jeweiligen Lernkontext (z.B. Kita) berücksichtigend erreichen zu können.

Programme sind keine „Blaupausen“, die gedankenlos umgesetzt werden können, vielmehr unterstützen und erleichtern sie die pädagogische bzw. soziale Arbeit, weil z.B. nicht alle Vorgehens- bzw. Lernschritte jeweils neu erdacht werden müssen und auf Bewährtes zurückgegriffen werden kann. Die Arbeit mit Programmen sollte allerdings in ein übergeordnetes pädagogisches Konzept integriert sein, das die im *Leitfaden E&G, Kap. 3 und 4* bzw. in den *Leitlinien für effektive Präventionsprogramme der „Grünen Liste Prävention“* erläuterten Prinzipien berücksichtigt.

Rechtzeitiger Beginn und Kontinuität sind wichtige Prinzipien der Präventionsarbeit, dennoch ist zu beachten: Es wird weder empfohlen, möglichst viele Programme gleichzeitig ins Konzept aufzunehmen, noch eine bloße Aufeinanderfolge von Programmen zu planen. Allerdings gibt es Kombinationsmöglichkeiten etwa zur Verknüpfung der Angebote in unterschiedlichen Lern- und Lebenskontexten (Schule, Familie) oder z.B. in der zeitlichen Abfolge von Kita und Grundschule. Die Kennzeichnung entsprechender Kompatibilität der Programme ist in Vorbereitung.

Eine *Übersicht empfehlenswerter Programme* führt zu einzelnen *Programmsteckbriefen*: Man klickt auf das relevante Handlungsfeld und das zugehörige Programmangebot wird sichtbar. Zu den Basisdaten und vertiefenden Informationen kommt man dann über das jeweilige Logo.

Die Benennung der Programme stützt sich auf die Einstufungen der Grünen Liste

Prävention in die Kategorien Effektivität nachgewiesen (Stufe 3) und Effektivität wahrscheinlich (Stufe 2). Die Informationen zur Aussagekraft der meisten den Einstufungen jeweils zugrunde liegenden Evaluationen sind in einem gesonderten Evaluations-Steckbrief zusammengefasst.

Zusätzliche Aspekte für eine Berücksichtigung in der Übersicht sind: Die Wirkrichtung soll die Entwicklungsförderung von jungen Menschen und gewaltpräventive Verhaltensziele betreffen. Weiterhin bieten die empfohlenen Programme in Deutschland einen Unterstützungsservice etwa durch eigene Trainer, Multiplikatorenfortbildungen oder verschiedene Beratungsformate an. Dadurch sind sie besonders praxistauglich und unterscheiden sich von Angeboten, die z.B. mit einer Buchvorlage lediglich autodidaktisch umgesetzt werden können. Die Übersicht erfüllt momentan nicht den Anspruch der Vollständigkeit. Sie wird den Arbeitskapazitäten der DFK-Geschäftsstelle entsprechend ständig erweitert. Anträge auf Aufnahme in die Übersicht können nicht direkt gestellt werden, sind aber über einen Vorschlag um Aufnahme in die „Grüne Liste Prävention“ indirekt möglich.

Woher kennen wir die Qualität der Programme?

Präventionsprogramme müssen vor ihrer Verbreitung evaluiert werden, d.h. mit wissenschaftlich anerkannten Methoden im Hinblick auf ihre Zielerreichung bzw. Wirksamkeit überprüft werden. Weiterhin sind Aussagen zur Qualität der Maßnahmendurchführung erforderlich, um Programme empfehlen zu können. *Programmevaluationen* werden methodisch unterschiedlich durchgeführt und ihre Ergebnisse sind schwer vergleichbar. Es gibt keine verbindlichen Standards.

In den *Evaluationssteckbriefen* werden deutschsprachige Studien hinsichtlich ihres Designs und ihrer Vorgehensweise beschrieben und in Einzelmerkmalen detailliert beurteilt und dann zusammenfassend bewertet. Ein Ergebnisprotokoll beschreibt schließlich die gemessenen Effekte in ihrer Stärke und Nachhaltigkeit. Die Evaluationssteckbriefe sind noch nicht verfügbar. Sie werden zum Ende des Jahres 2014 freigeschaltet.

Wo sind die Programme in Deutschland verbreitet?

Die *Verbreitung und Verfügbarkeit* wirksamer und praxistauglicher Präventionsprogramme zur „E&G“ ist in Deutschland sehr unterschiedlich. Bei der Auswahlentscheidung kann die Frage der Verfügbarkeit von fachlichen und organisatorischen Serviceleistungen eine wichtige Rolle spielen. Eine Karte mit Aufklappfenstern gibt einen Anhalt zur Verbreitung der Programme in den Bundesländern.

Wie werden Programme implementiert?

Die *Implementierung* von pädagogischen Angeboten und Präventionsprogrammen ist ein komplexer und anspruchsvoller Prozess, der über einzelnes persönliches Engagement hinaus regelmäßige Anpassungen auf System-, Organisations- und Praxisebene

erfordert. *Implementierung* bedeutet, ein ausgewähltes Programm konzeptionell in den jeweiligen institutionellen Kontext z.B. einer Schule oder Kita so einzupassen, dass es die gewünschten Wirkungen erreichen kann.

Häufig konzentrierten sich fachliche Diskussionen um Fragen der generellen Wirksamkeit von Präventionsangeboten, ohne die Logik in den Umsetzungskontexten hinreichend zu berücksichtigen bzw. die Voraussetzungen für erfolgreiche pädagogische Arbeit ausreichend zu bedenken.

Das in diesem Abschnitt angebotene Wissen widmet sich dem deutschen und internationalen Stand im *Forschungsfeld Implementierung* und stellt zentrale Ergebnisse vor, zunächst eine Zusammenfassung amerikanischer wissenschaftlicher Studien und Konzeptionen sowie *Abstracts* der einzelnen Publikationen, auf die Bezug genommen wird. Daran anknüpfend werden konkrete Hilfestellungen in Form von Checklisten, Mustervorlagen und Online-Tools zur praktischen Nutzung bereitgestellt.

Verfügbar sind bereits die „*Beccaria-Steps*“ des LPR Niedersachsen: Das interaktive online Werkzeug unterstützt dabei, ein Projekt Schritt für Schritt zu planen, durchzuführen und zu überprüfen (vgl. auch www.beccaria.de).

Weitere Module sind in Vorbereitung und werden kontinuierlich ergänzt.

5. Fazit: ... und am Ende nachhaltige Prozesse?

Das Projekt „*Wegweiser E&G*“ ist zunächst ein gutes Beispiel dafür, dass Kooperation zwischen Akteuren auf Bundes- und Länderebene möglich ist, wenn die Partner eine übereinstimmendes Präventionsverständnis und gemeinsame Ziele haben, Vertrauen aufbauen können und arbeitsteilig Verantwortung im Projekt übernehmen. DFK und Landespräventionsrat Niedersachsen werden den begonnenen Weg fortsetzen.

www.wegweiser-praevention.de ist am 12. Mai 2014 freigeschaltet worden, ohne bereits den vollen geplanten Leistungsumfang anbieten zu können. Ein ungeplanter Vorteil ist, Rückmeldungen und Erfahrungswerte der Nutzer/innen für den weiteren Ausbau und die konzeptionelle Fortentwicklung berücksichtigen zu können. Längerer „*work in progress*“ verdeutlicht aber auch, dass die fachlich fundierte, umfassende und zügige Fortführung eigentlich eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung erforderlich macht, die bislang im DFK nicht erreichbar gewesen ist.

Der *DFK-Sachverständigenrat „E&G“* hatte im Herbst 2013 in einem Schreiben seines Sprechers Prof. Dr. Beelmann an die regierungsbildenden Bundestagsfraktionen auf die Bedeutung von entwicklungsorientierter Bildungs- und Präventionsarbeit hingewiesen und neue politische Initiativen gefordert, u.a. „*die Rahmenbedingungen für präventives Handeln zu verbessern und dazu eine zentrale Stelle mit eigener Personalausstattung und Budget auf Bundesebene einzurichten.*“

Wie wissenschaftliche Erkenntnisse, DFK-Projektarbeit und die positive Resonanz aus der Fachpraxis zeigen, können bedeutsame Effekte mit relativ geringen - jedoch nur mit hinreichenden - Mitteln erreicht werden. Der Vergleich zum Ressourceneinsatz etwa bei repressiven Konzepten braucht nicht gescheut werden.

Es ist zu hoffen, dass sich der konstruktive Dialog innerhalb der Bundesregierung fortsetzt und das von einer Expertenkommission im Auftrag der Bundeskanzlerin vorgeschlagene „*Nationale Präventionszentrum*“ unter Einbeziehung von Ressourcen und Expertise der DFK-Geschäftsstelle realisiert werden kann - vor allem mit dem Ziel, die bisher begonnenen Arbeiten zur „*Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen (E&G)*“ mit angemessenen Ressourcen auszustatten. Nur dann können die weiteren Impulse etwa in die Kultusministerkonferenz sowie die zuständigen Ressorts von Bund und Ländern gelingen, z.B. für die Etablierung eines Fortbildungsangebotes zur Implementierung von Präventionsprogrammen.

„*Entwicklungsförderung und Gewaltprävention (E&G)*“ ist ein auf nachhaltige Wirksamkeit angelegtes Konzept, das theoretisch gut begründet ist, in der Praxis vielfach erfolgreich getestet wurde und in Deutschland zunehmende Beachtung und Relevanz findet. Ein zugehöriges Wissens- und Unterstützungsangebot ist in den letzten Jahren - wie im Beitrag gezeigt - auf Länder- und Bundesebene geschaffen worden und kann die vielfältigen Informationsbedarfe weitgehend befriedigen. Inwieweit die Anstrengungen des Wissenstransfers die Qualifizierung und nachhaltige Verbreitung der Ansätze und Angebote von „E&G“ maßgeblich beeinflussen können, ist noch nicht absehbar. Deutlichere politische Unterstützung ist auf allen Handlungsebenen ebenso notwendig wie die Schaffung von den bisherigen Wissenstransfer ergänzenden Fortbildungsformaten insbesondere für pädagogische Arbeitsfelder.

Ob es am Ende zur Entwicklung einer „*Nationalen Strategie*“ wie z.B. in Österreich, der Schweiz oder skandinavischen Staaten kommen wird, ist momentan nicht erkennbar, sollte aber als strategisches Ziel im Blick behalten bzw. gefordert werden. Nach Erweiterung, Vervollständigung und Verbesserung der Angebote des Wissenstransfers sollten daher Wege der fachpolitischen Erörterung in den zuständigen Politikressorts und ihren Konferenzen beschritten werden.

Der hierbei anzustrebende Maßstab der Präventionsarbeit in Deutschland sollte (vergleichbar den vom *United Nations Office on Drugs and Crime* herausgegebenen *Internationalen Standards zur Prävention des Drogenmissbrauchs*) sein:

- eine unterstützende Politik und rechtliche Rahmenbedingungen
- wissenschaftlich begründete Entscheidungsfindungen
- Kooperation in den bzw. Koordination der unterschiedlichen Handlungsfelder (vertikal und horizontal)
- Qualifizierung von Entscheidungsträgern und Praktikern

- politisches Einverständnis, dass angemessene Ressourcen bereit gestellt und langfristig abgesichert werden.

Angesichts der drängenden Herausforderungen auch in anderen Politikfeldern sind diese Prinzipien unumgänglich und Kooperation ist dabei ein zentrales Paradigma.

Literatur:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (Hrsg.):

Gelingsbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter (2008 / 2012),

Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen - Impulse und Qualitätskriterienkatalog für die Auswahl und Durchführung wirksamer Programme (2013),

forum kriminalprävention (2-2013 und 2-2014),

www.wegweiser-praevention.de (2014)

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.):

Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter - Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern (2007)

Bundesministerium der Justiz (Hrsg.):

Hasskriminalität-Vorurteilskriminalität - Endbericht und Empfehlungen der Arbeitsgruppe (2006)

Inhalt

Vorwort	1
I. Der 19. Deutsche Präventionstag im Überblick	
<i>Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner</i> Karlsruher Erklärung	5
<i>Erich Marks / Karla Schmitz</i> Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 19. Deutschen Präventionstages	11
<i>Erich Marks</i> Zur Eröffnung des 19. Deutschen Präventionstages in Karlsruhe	43
<i>Wiebke Steffen</i> Gutachten für den 19. Deutschen Präventionstag: Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft	53
<i>Rainer Strobl / Christoph Schüle / Olaf Lobermeier</i> Evaluation des 19. Deutschen Präventionstages	149
<i>Erich Marks / Wiebke Steffen</i> Memorandum zur Gründung eines Nationalen Zentrums Kriminalprävention (NZK)	193
<i>Erich Marks</i> Der Deutsche Präventionstag - eine Zwischenbilanz 1993-2013	195
II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte	
<i>Klaus Michael Beier</i> Vorbeugung sexuellen Kindesmissbrauchs	211
<i>Helmut Fünfsinn</i> Der Einfluss der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention auf das Strafrecht	225
<i>Dieter Hermann</i> Kriminalprävention braucht Grundlagenforschung	245
<i>Harrie Jonkman</i> Was wissen wir und was können wir erreichen in der Präventionsarbeit für Jugendliche?	257

<i>Wolfgang Kahl</i> „Entwicklungsförderung & Gewaltprävention für junge Menschen“: Gelingensbedingungen und Nachhaltigkeit	279
<i>Stefan Kersting / Daniela Pollich</i> Kriminalitätsmonitor NRW	299
<i>Arthur Kreuzer</i> Ausweitung des Strafrechts auf dopende Sportler – ein sinnvoller Präventionsbeitrag?	313
<i>Helmut Kury</i> Kriminalprävention durch härtere Sanktionen?	323
<i>Gisela Mayer</i> Gewaltprävention – zur Praxis einer Theorie	363
<i>Viktor Mayer-Schönberger</i> Big Data – Chancen und Risiken in der Prävention	379
<i>Grygorii Moshak</i> Forschung und Prävention der Milizgewalt	387
III Autoren	395